



Peter Kuleša (Hrsg.)

Land im Stress

Herausforderungen für
sozialen Zusammenhalt und
Demokratie in Deutschland

Gespräche mit Sabine Hark,
Wilhelm Heitmeyer, Andrej Holm,
Axel Honneth, Bianca Klose,
Dirk Kurbjuweit, Oliver Nachtwey,
Werner A. Perger, Armin Schäfer,
Joseph Vogl und
ein Nachwort von Gerd Mielke.

BELTZ JUVENTA

Leseprobe aus: Kuleša (Hg.), Land im Stress,

ISBN 978-3-7799-4489-8, © 2016 Beltz Verlag, Weinheim Basel,

<http://www.beltz.de/de/nc/verlagsgruppe-beltz/gesamtprogramm.html?isbn=978-3-7799-4489-8>

Vorwort

Peter Kuleša

Der vorliegende Interviewband versucht eine Analyse über den Zustand unseres Landes vorzulegen; eine Analyse, die sowohl theoretische, empirische als auch praktische Erkenntnisse zu Fragen eines gerechten und sozialen Miteinanders vereint; eine Analyse, die ebenso nach der Zukunft von Demokratie fragt und deren wachsende Bedrohungen im Blick hat. Die verschiedenen Schwerpunkte und Themen stehen selbstredend in engem Zusammenhang mit den Interviewten. Und doch gibt es jeweils immer wieder Hinweise auf einschneidende Ereignisse, die den Sozialstaat der Gegenwart unter Druck setzen und seine Zukunft und damit den gesellschaftlichen Zusammenhalt bedrohen. Den Kern der Malaise bringt Axel Honneth auf den Punkt. Demnach konstatiert er für die 1980er-Jahre in Großbritannien und in den USA – für die 1990er-Jahre und den Beginn der Nullerjahre auch in Deutschland – eine Entwicklung, wonach es „eine Aufhebung der rechtlichen Verankerung des Wohlfahrtsstaates (gab). Man hat den Wohlfahrtsstaat um seine rechtlichen Zusicherungen gebracht und die Hilfeleistungen konditional gemacht, abhängig gemacht von der Erfüllung bestimmter Bedingungen. Die Rechte auf Wohlfahrt sind inzwischen keine unbedingten Rechte mehr. Alles das, was man komplexe soziale Rechte nannte, ist eigentlich durchlöchert worden. Die Rechtssicherheit auf Wohlfahrt ist genommen worden.“ (119f.). In den neoliberal dominierten politischen und ökonomischen Diskursen vermag der Honnethsche Befund im Zweifel als irrig angesehen werden. Dies kann kaum

mehr verwundern: Wollen politisch Verantwortliche in Deutschland und Europa doch Fragen nach sozialer Gerechtigkeit und dem solidarischen Miteinander vor lauter Wirtschaftshörigkeit, Marktgläubigkeit und Privatisierungseuphorien gar nicht mehr diskutieren. Fragen dieser Art werden vielmehr als unzeitgemäß diskreditiert. Im selben Atemzug werden demokratische Verfahren als lästig und zeitraubend hingestellt. In den allgemeinen Krisenanalysen sind dabei stetig wiederkehrende Erklärungsmuster zu erkennen: Es müsse gespart werden, so die gebetsmühlenartig vorgetragene These, um die Handlungsfähigkeit des Staates zu gewährleisten. Dabei sind es vor allem knallharte Sparprogramme (Stichwort: Austerität), die ganze Staaten in der EU und nicht zuletzt Länder und Kommunen in Deutschland ihrer Handlungsspielräume berauben. Zugleich werden Steuererhöhungen, so eine weitere Erklärung, ausgeschlossen, um die Bürgerinnen und Bürger oder abwanderungswillige Unternehmen nicht zu verschrecken. Es wird also auf der Einnahme- und Ausgabeseite nichts getan. Erklärt wird dies mit der Notwendigkeit, Staat und Wirtschaft für die Globalisierung weiter flott zu halten. Sparen und geringe Steuerbelastungen, so der Tenor, halten den Staat konkurrenzfähig, lassen seine Wirtschaft florieren und dies komme über kurz oder lang allen Bürgerinnen und Bürgern wieder zugute.¹

Gleiche Freiheitsrechte, soziale Gleichheit, ein solidarisches Miteinander und politische Beteiligungsoptionen gehören zum demokratischen Grundverständnis in Deutschland und Europa. All dies ist jedoch nicht mehr unantastbar und auf ewig garantiert. Im Gegenteil. Ein Beispiel: Im Frühjahr dieses Jahres kamen Papiere an die Öffentlichkeit, die den Verhandlungsstand des geplanten Handelsabkommens TTIP zwischen den

1 Joseph Vogel benennt im nachfolgenden Interview in diesem Zusammenhang unter anderem die historischen Gründe für den stetig wachsenden Einfluss privaten Kapitals und den zeitgleichen Souveränitätsverlust staatlichen Einflusses auf soziale, politische und ökonomische Entwicklungen.

USA und der EU aufzeigten. Neben diversen Details, die an dieser Stelle nicht weiter interessieren sollen, wurde vor allem eines deutlich: Das Abkommen spricht der Privatisierung und Marktfreiheit das Wort; es lehnt Regulierungen zugunsten sozialer Mindeststandards ab und hat für demokratische Legitimation wenig übrig. Zugleich wurde mit der Veröffentlichung die zum Teil bewusste Desinformationspolitik politisch Verantwortlicher gegenüber der Öffentlichkeit entlarvt. Der bekannt gewordene Verhandlungsstand hat eigentlich nur bestätigt, dass staatliche Politiken sich nicht nur im Würgegriff mächtiger Wirtschaftsinteressen befinden, sondern maßgebliche Politikerinnen und Politiker dies offenkundig auch noch mögen oder zumindest befördern wollen.² Wie sonst ist es zu erklären, dass über ein solches Freihandelsabkommen derart gewollt die Öffentlichkeit im Unklaren gelassen wird? Dass selbst gewählte Abgeordnete nur unter strengsten Vorkehrungen Einsicht in die Verhandlungszwischenstände erhalten? Soweit so schlecht. Nicht minder beunruhigend war der verhaltene mediale Aufschrei. Das Thema verlangt zweifellos fundierte Kenntnisse, um eine angemessene Information der Öffentlichkeit zu liefern. Angesichts der potentiellen Veränderungen, die ein solches Freihandelsabkommen mit sich brächte, wäre es umso dringender geboten, den Menschen klarzumachen, wie es um die soziale Sicherung, den Verbraucherschutz und Fragen demokratischer Legitimation bestellt ist. Kurzum: An TTIP lässt sich durchaus festmachen, wie wirtschaftsnahe Politik gemacht wird; wie gering demokratische Legitimation

2 In einem anderen Zusammenhang hat Dirk Kurbjuweit den Satz nach der Notwendigkeit einer „marktkonformen Demokratie“ von Bundeskanzlerin Angela Merkel als jenen „Ökonomismus (bezeichnet), der sich auch auf die Politik übertragen hat. Erschreckend war es, weil Angela Merkel damit zum Ausdruck brachte, dass sie das politische System diesem wirtschaftlichen Denken unterwerfen möchte; dass sie die Demokratie dem Markt unterwirft und diese den Gesetzen des Marktes zu folgen habe.“ (S. 31)

geschätzt wird; wie bewusst eine öffentliche Debatte vermieden wird. Selbiges lässt sich auch mit Blick auf andere Themenfelder anführen. Ob gewollt oder ungewollt, die verantwortlichen Handlungsträger übersehen dabei eines: Bürgerinnen und Bürger wenden sich entweder resigniert ab oder lassen sich im Zweifel für einfache Antworten auf komplexe Probleme gewinnen oder sind leichter für die Stimmungsmache und radikale Ausgrenzung von anderen Menschen zu begeistern.

In den meisten Staaten der EU gibt es verschiedene Formen repräsentativer Demokratie. In nahezu allen EU-Staaten sinkt freilich die Wahlbeteiligung kontinuierlich; von der Beteiligung an den Europawahlen ganz zu schweigen. Ein wesentlicher Grund: Die Wählerinnen und Wähler haben oftmals genug von den sogenannten etablierten Parteien und deren Personal. Sie fühlen sich im wahrsten Sinne des Wortes nicht mehr repräsentiert.³ Zugleich haben rechtspopulistische und rechtsextreme Parteien europaweit Zulauf.⁴ Es sind Parteien, die mit Ausgrenzungsrhetoriken und rückwärtsgewandten Programmen Politik machen wollen. Sie agitieren gegen das sogenannte Establishment und die etablierten Parteien. Sie treffen häufig einen Nerv bei jenen Menschen, die um ihre soziale und ökonomische Sicherheit fürchten. Es ist dabei keineswegs nur das sogenannte Prekariat, das dafür empfänglich ist. Vielmehr ist es inzwischen auch jener Teil der Mittelschicht, der seine bisherigen sozialen und ökonomischen Gewissheiten schwinden

3 Armin Schäfer belegt den Zusammenhang zwischen ökonomischer Stellung und Wahlenthaltung. Wer etwa eine einträgliche Erwerbsarbeit innehat, geht eher wählen als jene, die etwa von Arbeitslosigkeit betroffen sind.

4 Werner A. Perger analysiert die Zukunft der Demokratie und deren Herausforderungen durch politischen Populismus, insbesondere den von rechts. Bianca Klose benennt mit Blick auf die Fragen im Umgang mit Flüchtlingen, welche Gefahren von Rechtsextremisten drohen können. Rassistischen Vorurteilen müsse, so Klose, entschieden widersprochen werden – auch und vor allem durch Lokalpolitik und Zivilgesellschaft.

sieht, ein Ventil sucht und sich in der Unterstützung rechter Parteien Luft zu verschaffen mag; der um seine bisherigen Pfründe bangt und dabei in anderen Menschen – etwa Migranten oder Arbeitslosen – eine Gefahr für den eigenen Wohlstand ausmacht.⁵

Es ist der politische Wille, Sozialleistungen zu kürzen oder Sparprogramme anzuordnen, die ganze Staaten sehenden Auges handlungsunfähig werden lassen. Ein solches Vorgehen fällt nicht vom Himmel. Fatalerweise hat sich in den vergangenen vier Jahrzehnten dieses Denken so weit ausgebreitet, dass öffentliche Diskurse oder wirksamer Protest dagegen kaum mehr stattfinden. So etwa auch in der Armutsfrage. Mittlerweile ist laut Statistischem Bundesamt fast jede/r Fünfte (16,7 Prozent) in Deutschland armutsgefährdet. Häufig reicht eine Erwerbstätigkeit nicht mehr aus, um ein Leben in Würde zu führen; aufgrund materieller Armut sind gesundheitliche Probleme – körperliche und seelische – eher wahrscheinlich, ist die Lebenserwartung der Betroffenen oftmals kürzer, schwinden die Möglichkeiten kulturelle Angebote wahrzunehmen. Am liebsten sollte jedoch die Bekämpfung von Armut, so macht es den Eindruck, als eine zentrale Herausforderung der Zukunft so diskutiert werden wie der Verhandlungsstand bei TTIP: gar nicht.

Es geht in den Interviews dieses Bandes keineswegs darum, den Wohlfahrtsstaat der 1970er-Jahre zurückzufordern. Dies wäre angesichts globaler und technologischer Entwicklungen der letzten 40 bis 50 Jahre realitätsfern. Es soll mit den Analysen jedoch darauf hingewiesen werden, dass funktionierende

5 Der Soziologe Oliver Nachtwey benennt vielfältige Entwicklungen und Ereignisse, warum es zu sozialen und ökonomischen Abstiegen von Menschen und Gesellschaften kommen kann. Zugleich skizziert er Überlegungen, warum sich etwa kein tiefgreifender Protest gegen die Ursachen für sozialen Abstieg formiert, sondern politische Apathie und Ressentiments eher größer werden.

(supra-)staatliche Strukturen nötig sind, um systematische soziale Ausgrenzung von bestimmten Bevölkerungsgruppen zu verhindern und um menschenwürdige Lebensstandards zu gewährleisten, um am sozialen, politischen oder kulturellen Leben teilzuhaben. Von daher läuft der in diesem Zusammenhang von interessierter Seite immer wieder angeführte kritische Vorbehalt gegenüber diesen Vorhaben ins Leere; nationale Diagnostiken bedeuten keineswegs nationale Therapien. Im Gegenteil: Heutzutage sind Lösungen in zahlreichen Politikfeldern ohne eine Unterstützung durch die oder Kooperation mit der EU immer seltener möglich.

Die Analysen in den Interviews möchten ebenso deutlich machen: Es gibt Alternativen zum gegenwärtigen politischen und ökonomischen Denken. Selbstbewusste Bürgerinnen und Bürger und eine aufmerksame (Medien-)Öffentlichkeit sollten darüber immer wieder Diskussionen von politisch und ökonomisch Verantwortlichen einfordern. Dies kann aber vor allem nur dann gelingen, wenn die sozialen Rechte der Menschen gestärkt und eben nicht aufgrund ökonomischer Interessen ignoriert werden. Gerd Mielke verweist in seinem Nachwort auf eine seit Jahrzehnten immer wieder empirisch belegte Grundkonstante in Befragungen der Bevölkerung, wonach staatlich garantierte soziale Absicherung einen hohen Stellenwert besitzt. Sprich: Es wird offenkundig seit Jahren und Jahrzehnten eine Politik gemacht, die das Gros der Bevölkerung ignoriert und sich an bestimmten „starken“ Interessen orientiert.

Es ist stressig für den Menschen, wenn er seine Existenz Tag für Tag sichern muss; wenn er täglich mit Ausgrenzungen konfrontiert wird – sei es aufgrund des Geschlechts⁶, der Hautfarbe, der ökonomischen Lage oder durch fehlende Bildungschancen

6 Die Geschlechterforscherin Sabine Hark benennt Gründe und Ursachen für die Ungleichheit zwischen Männern und Frauen und erläutert, wie rechte Politiker feministische Positionen für die Rechtfertigung rassistischer Ausgrenzungspolitikern verwenden.

und unbezahlbaren Wohnraum⁷. Kurzum: Es bedarf eines grundlegenden Umdenkens, um den sozialen und demokratischen Zusammenhalt in Deutschland und Europa nicht aufs Spiel zu setzen. Die Analysen und Überlegungen in den Interviews geben dazu Anregungen und machen Vorschläge, um entsprechende Diskussionen und Debatten unaufgeregt, aber zielführend zu befördern.

7 Der Stadtsoziologe Andrej Holm erläutert, warum ein Umdenken in der Wohnungspolitik notwendig wird, um dauerhafte Armutsrisiken durch unbezahlbare Mieten zu verhindern. Klar dabei ist auch hier: Sozialer Wohnraum kann nur dann entstehen, wenn nicht alles über private Anbieter und den Markt geregelt wird. Es braucht dazu staatliche Wohnungsbau- und Förderprogramme.